

# Wildbader Tagblatt

## (Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad. Chronik und Anzeigenblatt  
für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags.  
Bezugspreis monatlich Mk. 4.50, vierteljährlich 13.50  
frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im  
innerdeutschen Verkehr Mk. 15.00 einschließlich Post-  
befreiung.

Anzeigenpreis: die einpaltige Petitzeile oder deren  
Raum 50 Pfg., auswärts 60 Pfg., Reklamezeilen  
1.50 Mk., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Carl.  
Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vor-  
mittags.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung: Th. Gad in Wildbad.

Nummer 55      Fernruf 179.      Wildbad, Dienstag, den 8. März 1921      Fernruf 179      55. Jahrgang

### Tagespiegel.

Der Deutsche Reichstag trat am Montag nachmittag zu einer Sitzung zusammen.

Aus Oberschlesien kommen Meldungen, wonach die Abstimmungsversuche für Deutschland günstig werden. Es fanden Massenkundgebungen für die Erhaltung Oberschlesiens bei Deutschland statt.

Im Hamburger Hafen ist die Arbeit wieder aufgenommen worden.

### Eine Antwort an Lloyd George.

Lloyd George hat im Dienst des diplomatischen Kriegs schon manche Rede gehalten, die auf den Ton gestimmt war: Wenn das deutsche Volk „die Schuldigen“ am Krieg aus ihrer Machtstellung entfernt, dann wird es von uns mit offenen Armen aufgenommen. Denn die Entente führte bekanntlich nicht Krieg gegen das deutsche Volk, sondern gegen den Kaiser und gegen „den preussischen Militarismus“, gegen den „Geist von Potsdam“. Versichert hat sie's wenigstens unzählige Male. Der Kaiser und seine Regierung wurden gestürzt und Deutschland hat seine Waffen ausgeliefert. Aber mit einem Mal genügt das nicht mehr! In Versailles sollte das deutsche Volk ein Bekenntnis unterschreiben, wonach es allein schuld am Krieg und allen seinen Folgen sei. Diesmal wurde versichert, wir sollten nur erst einmal unterschreiben, dann dürften wir auf beste Behandlung und gütige Nachsicht rechnen. Es wurde unterschrieben, aber mit dem ausdrücklichen Vorbehalt, daß es nur unter Zwang geschehe. Nunmehr kommt uns Herr Lloyd George zum drittenmal und fordert in seiner Antwortrede an Dr. Simons: das deutsche Volk müsse auch überzeugt sein von seiner Alleinschuld am Krieg, sonst sei keine Einigung möglich.

Damit wird er nun schwerlich viel Glück haben. Von der Erzählungsarbeit, die die Entente seit Abschluß und Bruch des Waffenstillstands an Deutschland geleistet hat, hat er doch nur eine sehr unvollkommene Vorstellung. Auch hat man in Deutschland nicht ohne Nutzen die Bekenntnisse des vielschreibenden Herrn Poincaré und verwandter Seelen gelesen, woraus ja mit aller wünschenswerten Deutlichkeit hervorgeht, wie eine gewisse Partei in Frankreich planmäßig zum Krieg getrieben hat. Vergessen sind auch noch nicht die Ergebnisse des Suchomlinow-Prozesses, die die Schuld der russischen Militärpartei weiskundig gemacht haben. Daß das Stichwort der englischen Einkreisungspolitik, „Deutschland muß vernichtet werden“, nicht in Vergessenheit gerät, dafür sorgen die Engländer selbst eifrig genug. Wir sind bereit, Herrn Lloyd George zu bestätigen, daß unsere Staatsmänner in der unverantwortlichsten Weise „in den Krieg hineingestolpert“ sind, daß sie sich von der gerissenen Wiener Diplomatie zum Erbarmen haben über den Köffel barbierten lassen, daß Bethmann mit seinen überflüssigen Kriegserklärungen an Frankreich und Rußland einen von jenen Fehlern gemacht hat, wofür ganze Geschlechter schwer zahlen müssen. Aber die Ueberzeugung, daß wir die Schuld am Kriege tragen, die wird Lloyd George uns nimmermehr beibringen, auch durch einen zweifeln Blokademord mit 800 000 unschuldigen Opfern nicht.

Die Rede Lloyd Georges zeigt aber auch wieder nur zu deutlich, welche verhängnisvoller Fehler damit gemacht wurde, daß von deutscher Seite gar nichts gegen die Lüge von der deutschen Schuld am Krieg getan wurde in der durchaus irrigen Meinung, man müsse alles vermeiden, was der Verband irgendwie krumm nehmen könnte. Lloyd George hat es am 3. März klipp und klar ausgesprochen, daß das ganze Gebäude der Entschädigungsforderungen und sonstigen Bedrückungen, die Frontenlosigkeit für Kind und Kindeskind, der Vertrag von Versailles und das Pariser Abkommen, aufgebaut von der von den Feinden behaupteten Verantwortlichkeit des deutschen Volks. Dieser Lüge hätte daher von Anfang an der Boden entzogen werden und keine Anstrengungen hätten gescheut werden sollen, wodurch es die feindlichen Regierungen äbel nehmen oder nicht, mochten sie auch drohen und Zwangsmittel dagegen anwenden.

Eine andere Unwahrheit ist die Behauptung, die Deutschen haben die Verbrechen in Feindesland mitwil-

lig vorgenommen. Es ist ja vielleicht manches geschehen, was zu vermeiden gewesen wäre, aber in einem vierjährigen Krieg um Sein oder Nichtsein kann man schließlich nicht alles auf die Goldwaage der bürgerlichen Moral legen, und jedenfalls sind die vermeidbaren Schäden, soweit sie von den Deutschen verursacht wurden, verschwindend gegen die Gesamtschäden, verschwindend gegen die Verheerungen der feindlichen Trommelfeuer usw. Es darf doch nur daran erinnert werden, wie die Engländer in Rumänien gehaust haben. Und welche Schäden wären in Deutschland zu erwarten gewesen, wenn die Feinde von Osten und Westen in Deutschland hätten eindringen können! Die Verwüstung Ostpreußens durch die Russen, ohne jede militärische Notwendigkeit, die Verschleppung von Tausenden aus der Zivilbevölkerung befehlen uns darüber zur Genüge, ebenso die völkerrechtswidrigen Fliegerüberfälle auf offene Städte wie Freiburg, Karlsruhe, Stuttgart, Tübingen usw.

Andererseits sind von den Deutschen während des Kriegs Arbeiten der Wiederherstellung im feindlichen Gebiet ausgeführt worden an Straßen, technischen und Landwirtschaftsanlagen aller Art, die hoch in die Millionen zu bewerten sind; wenn es z. B. in Serbien heute anständige Landstraßen gibt, so ist das deutsches Verdienst.

Doch das nur nebenbei. Hauptsache bleibt für uns, nun endlich den Nachweis zu führen, daß die Verantwortung für den Krieg nicht Deutschland trifft. R. von Horst macht in der „D. Tagesztg.“ einen Vorschlag, der beachtenswert erscheint, wenn man ihn auch vielleicht nicht in allen Einzelheiten vertreten möchte. Er meint: Dr. Simons sollte jetzt sagen: Deutschland bestreitet entschieden seine Verantwortung für den Krieg. Seine Unterhändler wurden beim Friedensvertrag gezwungen, die Schuldklärung zu unterschreiben. Deutschland hatte sich auf die Ehre Amerikas verlassen, von dem es auf die Durchführung der 14 Punkte, die in Wahrheit den Frieden hergeführt haben, mit Bestimmtheit rechnete. Darum erwartet Deutschland von Amerika, daß es sich nicht eher zurückziehe, als bis es seine Absicht erklart hat, und diese Absicht wäre sicherlich nicht, Deutschland zu zermalmern und zu versklaven; eben das aber würde die von den Verbündeten aufgestellte Entschädigungsforderung unweigerlich zur Folge haben. Da nun der ganze Vertrag also auf die Voraussetzung aufgebaut ist, daß Deutschland den Krieg verursacht habe, und da Deutschland diese Schuld bestreitet, ersucht Deutschland den neuen Präsidenten Harding, in Amerika ein unparteiisches Schiedsgericht aufzustellen, dem alle Nationen, die am Krieg teilgenommen, ihre Geheimarchive sowohl wie ihre Minister der Zeit vor und während des Kriegs zur Verfügung stellen.

Deutschland ist bereit, seine Archive und seine verantwortlichen Minister zu senden; werden England und Frankreich bereit sein, das gleiche zu tun? Oder werden sie sich weigern auf Grund des Schuldbekenntnisses, das sie den waffenlosen Deutschen, denen sie gleichsam die Pistole auf die Brust drückten, abgepreßt haben? Simons könnte noch weiter antworten: Deutschland hat das Höchstmögliche seiner Zahlungsfähigkeit, das seine Existenz noch zuläßt, den Verbündeten angeboten. Wer die Verantwortung am Krieg nach dem Urteil des Schiedsgerichts trägt, der möge zur Zahlung der Kosten herangezogen werden, und zwar eine jede Nation der Höhe ihres erwiesenen Anteiles an der Schuld entsprechend.

### Das Entschädigungsangebot.

Der Oberste Rat geriet auf der Londoner Konferenz in Entzweiung, als Reichsminister Dr. Simons statt der Entschädigung von 226 Goldmilliarden in 42 Jahreszahlungen eine Berechnung dieses Betrags im Gegenwartswert zu rund 50 Milliarden (genauer sind es etwa 53 Milliarden) vorschlug, wovon für bereits geleistete Entschädigungen nur 20 Milliarden abgezogen werden sollten. Auf die verbleibende Schuld von 30 Milliarden soll, wie bekannt, eine internationale Anleihe von 8 Milliarden zu 5 Prozent (woraus auch 6 und mehr Prozent werden könnten) aufgenommen werden, der Rest soll 5 Jahre lang mit 5 Prozent verzinst werden, was 1100 Millionen Goldmark ausmacht, von denen aber nur 1 Milliarde in Sachwerten (Kohlen, Kafi, Holz, Industrie-Erzeugnisse usw.) geleistet wird, während die übrigen 100 Millionen zum Schuldkapital geschlagen werden, wodurch sich dieses in 5 Jahren auf

22 1/2 Milliarden erhöht, — immer die runde Summe der Umrechnung in 50 Milliarden vorausgesetzt.

Was würde nun Deutschland in Wirklichkeit an Kriegsentwässerung zu leisten haben, wenn es gelänge, die internationale Anleihe zu 5 Prozent aufzunehmen und nach dem Vorschlag des Dr. Simons mit der Tilgung des Schuldkapitals mit jährlich 1 oder 1 1/2 Prozent zu beginnen?

1. Bei jährlich 1 Prozent Tilgung: 36 Jahreszahlungen von jährlich 1830 Millionen, gleich rund 66 Milliarden; hierzu Anleihezinsen und Sachleistungen für 1921 bis 1925 mit zusammen 7 Milliarden, das sind insgesamt rund 73 Milliarden Goldmark, zu denen dann noch die 20 Milliarden bisherigen Leistungen zu zählen wären. Gesamtleistung daher 93 Milliarden Goldmark.

2. Bei jährlich 1 1/2 Prozent Tilgung: 30 Jahreszahlungen von jährlich 1982,50 Millionen, gleich rund 60 Milliarden; hierzu Anleihezinsen und Sachleistungen für 1921 bis 1925 mit zusammen 7 Milliarden; insgesamt rund 67 Milliarden Goldmark, wozu die 20 Milliarden bisherigen Leistungen kommen. Gesamtleistung 87 Milliarden Goldmark.

Beimem Zinsfuß von 6 Prozent ergeben sich die folgenden Zahlen:

1. Bei jährlich 1 Prozent Tilgung: 33 Jahreszahlungen von jährlich 2222 Millionen, gleich rund 73 Milliarden; hierzu Anleihezinsen und Sachleistungen für 1921 bis 1925 mit zusammen 7400 Millionen; insgesamt rund 80 1/2 Milliarden Goldmark, wozu die 20 Milliarden bisherigen Leistungen kommen. Gesamtleistung daher reichlich 100 Milliarden Goldmark.

2. Bei jährlich 1 1/2 Prozent Tilgung: 27 Jahreszahlungen von jährlich 2370 Millionen, gleich rund 64 Milliarden; hierzu Anleihezinsen und Sachleistungen für 1921 bis 1925 mit zusammen 7400 Millionen; insgesamt rund 71 1/2 Milliarden Goldmark. Dazu noch die 20 Milliarden bisherigen Leistungen. Gesamtleistung 91 1/2 Milliarden Goldmark.

### Zwischenverhandlungen in London.

London, 7. März. Lloyd George, der am Freitag auf sein Landgut Chequers gereist war, ließ am Samstag durch seinen politischen Sekretär Philipp Kerr den Reichsminister Dr. Simons zu sich bitten. Auch Briand und Graf Esorza befanden sich bei Lloyd George. Es wurden Beratungen gepflogen, um den Abbruch der Verhandlungen zu vermeiden. Gleichzeitig hatte Staatssekretär Bergmann eine Unterredung mit dem englischen Botschafter in Berlin, Lord d'Abernon. Am Freitag nachmittag hatte weiterhin Beratungen zwischen den deutschen und den Verbands-Sachverständigen stattgefunden. Am Sonntag fuhr auch d'Abernon, des französischen Minister Loucheur und der belgische Oberst Theunis nach Chequers. Auf Grund ihrer Berichte berief Lloyd George auf Sonntagabend 7 Uhr eine Zusammenkunft der Verbandsvertretungen in seine Wohnung in London; es nahmen teil: Lloyd George, Bonar Law, d'Abernon, Briand, Loucheur, Graf Esorza, der belgische Minister Jasper, Theunis und der japanische Vertreter. In später Stunde war noch keine Einigung erzielt und die Beratung wurde am Montag vormittag wieder aufgenommen.

Berlin, 7. März. Erst Freitagabend wurden zwischen der deutschen Vertretung in London und der Reichsregierung fortwährend Telegramme gewechselt. Am Sonntag vormittag 11 Uhr fand unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten in der Reichskanzlei eine Sitzung des Kabinetts statt, die am Nachmittag fortgesetzt wurde, diesmal unter Beiziehung der Sachverständigen, die an den Gegenorschlägen gearbeitet hatten. Um 3 Uhr beriet das Kabinett weiter allein und um 5 Uhr folgte eine Besprechung mit den Sachverständigen.

Wie verlautet, soll Dr. Simons in London neue Vorschläge in Aussicht gestellt haben, die sich dem Plan des französischen Sachverständigen auf der Brüsseler Konferenz, London, nähern, mit dem Briand in London eine längere Unterredung hatte.

Der Berichterstatter des „Berl. Volkswirtschafters“ meldet, England und Deutschland wollen es nicht zum Bruch kommen lassen. Die Schwierigkeit liege bei Frankreich, dessen Politik sich schon ganz auf die Loslösung der Rheinlande und auf ein Ministerium Poincaré eingerichtet habe.

### Neue deutsche Vorschläge. Vertagung beantragt.

Berlin, 7. März. Bei den gestrigen vertraulichen Besprechungen zwischen den deutschen Vertretern und den Verbänden in London ist von deutscher Seite der Vorschlag einer vorläufigen Verständigung gemacht worden. Die Verbänden erklären jedoch, daß sie eine endgültige Regelung der Entschädigungsfrage





